

# Alle Parteien kritisieren die SDA-Spitze

**Vorladung** Die Führung der Nachrichtenagentur gerät unter öffentlichen Beschuss. Kann sich ihr CEO im Amt halten?

VON DENNIS BÜHLER

Journalistinnen und Journalisten der Schweizerischen Depeschagentur, die streiken: Nie in der 123-jährigen Unternehmensgeschichte hatte es so etwas gegeben - bis die 180 Mitarbeiter am vergangenen Dienstag ihre Arbeit niederlegten und so gegen den von der Geschäftsleitung beschlossenen massiven Personalabbau protestierten (Ausgabe vom Mittwoch). Noch im Januar sollen 40 der 150 Vollzeitstellen abgebaut werden, mit Kündigungen, Frühpensionierungen und Pensenreduktionen. Etwas zu sagen haben die SDA-Angestellten nicht: Redaktorinnen und Redaktoren, die nicht innert weniger Tage einwilligen, werden entlassen.

Für ihr unzweifelhaftes Vorgehen werden die Entscheidungsträger der einzigen vollwertigen Schweizer Nachrichtenagentur von Politikern aller Parteien harsch kritisiert. «Was der Verwaltungsrat und die operative Führung derzeit liefern, ist unter jeder Kanone», schrieb CVP-Chef Gerhard Pfister auf Twitter. «Der CEO verdient sich eine goldene Nase auf dem Buckel des Journalismus.» Auf Anfrage ergänzt Pfister, er halte die hohen Löhne, die die SDA-Manager selbst auf dem Höhepunkt der Krise ihres Unternehmens einstreichen würden, für unverschämte. «Sie ziehen die Sanierung innert weniger Tage und gegenüber ihren Mitarbeitern total kompromisslos durch. Damit handeln sie unternehmerisch unverantwortlich.»

## Ein Lohn wie ein Bundesrat?

Auch die Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli sagt, die SDA-Führung habe «offensichtlich versagt» und sei für das momentan herrschende Chaos verantwortlich. «Sie hat nicht vorausschauend geplant und schlecht kommuniziert.» Um Ruhe in die Diskussion zu bringen, müsse sie Transparenz schaffen - «bis hin zur Offenlegung der Chefgehälter».

Von Gewerkschaftern wird der Lohn von CEO Markus Schwab auf rund 450 000 Franken pro Jahr und damit auf Bundesratsniveau geschätzt. Er selbst sagte in der Vergangenheit bloss, sein Lohn sei «marktkonform».

In den Augen von Grünen-Präsidentin Regula Rytz enttäuschen die SDA-Chefs «nicht nur in Sachen Sozialpartnerschaft, sondern marschieren auch betriebswirtschaftlich in die Sackgasse». Just zu einem Zeitpunkt, zu dem der Bund überlege, die Nachrichtenagentur mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, «streben sie auf einmal kompromisslos nach Profit und demontieren so das eigene Unternehmen».



Der Streik der SDA-Belegschaft vom letzten Dienstag zeigt Wirkung.

PETER SCHNEIDER/KEystone

Die SDA-Spitze schaffe mit dieser Massentlassung, die auf Kosten der Qualität gehe, voreilig Fakten, die eine Bundesbeteiligung erschweren, so Rytz.

## Kommission lädt Schwab vor

Tatsächlich haben die Vorgänge bei der SDA gemäss Recherchen der «Nordwestschweiz» eine erste Konsequenz: Die Eidgenössische Medienkommission empfiehlt nun, die Nachrichtenagentur in der neuen Verordnung über das Radio- und TV-Gesetz nicht wie geplant explizit als «förderungswürdig» zu nennen. Noch am Dienstag hatte sich SDA-CEO Schwab zuversichtlich gezeigt: «Die Unterstützung des Bundes im Umfang von zwei Millionen Franken ab 2019 erfolgt zweckgebunden für die Erfüllung eines Leistungsauftrags», sagte er. «Sie ist fest eingeplant und sollte wegen der Umstrukturierung



SDA-CEO Markus Schwab.

nicht in Gefahr sein.» Allzu sicher sollte er sich jetzt nicht mehr sein.

Antanzen muss die SDA-Spitze demnächst bei der zuständigen Kommission des Nationalrats. Dies bestätigt deren Präsidentin Edith Graf-Litscher auf Anfrage. «Ich habe die Geschäftsleitung zu einer Anhörung am 13. Februar eingeladen», sagt die Thurgauer Sozialdemokratin. Vorsprechen werden auch Vertreter der Gewerkschaft Syndicom sowie der SDA-Redaktionskommission. Graf-Litscher sieht in der Agentur einen «zentralen Pfeiler der Schweizer Medienlandschaft und damit unserer Demokratie, gerade auch angesichts der Sparpläne fast aller privaten Verlage».

## Verwaltungsrat überrascht

Der SDA-Verwaltungsrat wurde vom Aufstand der Belegschaft völlig über-

rascht, wie eines seiner neun Mitglieder gegenüber der «Nordwestschweiz» bestätigt. Markus Schwab habe im alten Jahr mehrfach gesagt, er sei mit der Redaktionskommission in engem Austausch und habe «die Sache im Griff».

Ist die Position des 55-jährigen CEOs nun gefährdet? Kaum. Verwaltungsratspräsident Hans Heinrich Coninx - ehemaliger Tamedia-Verleger - gilt als treue Seele. Allerdings wollen er sowie Vizepräsident (und Samedia-Verleger) Hanspeter Lebrument im Juni abtreten, sofern die Fusion mit der Bildagentur Keystone bis dann von der Wettbewerbskommission gutgeheissen ist.

Markus Schwab und sein für den Prozess der Umstrukturierung angeheuerter Kommunikationsberater reagierten gestern nicht auf Fragen der «Nordwestschweiz».

# Ein Drittel des Parlaments im subventionierten Sprachkurs

**Debatte** Die Forderung von Neo-Nationalrätin Irène Kälin, Parlamentarier-Privilegien zu kappen, erhitzt Gemüter.

VON HENRY HABEGGER

Die 246 Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier sind ein sprachbegeistertes Völkchen. Seit November 2015, seit Beginn der laufenden Legislatur, liessen sich 80 Personen Auslagen für Sprachkurse zurückerstatten. Total zahlte der Bund dafür 93 134 Franken, wie die Parlamentsdienste vorrechnen. Wie viele der Kurse im Ausland stattfanden, ist statistisch nicht erfasst.

Mit bis zu 2000 Franken pro Jahr subventioniert der Bund den Parlamentariern Sprachkurse. Solche Privilegien, etwa auch Mahlzeiten- und Übernachtungspauschalen, möchte Nationalrätin Irène Kälin (Grüne, AG) kappen. Lieber einen etwas höheren, voll versteuerten Lohn, findet sie (wir berichteten).

Das gibt zu reden. Der Aargauer BDP-Nationrat Bernhard Guhl donnert:

«Ich staune immer wieder, womit gewisse Politiker mediale Beachtung erhalten. Es ist doch erlaubt, mit dem 1.-Klass-GA in einen 2.-Klass-Waggon zu sitzen. Können wir uns nun den echten Problemen des Landes zuwenden?»

Auslöser für Kälin's Anti-Privilegien-Forderung ist, dass sie sich vom Bund ihr 2.-Klass-GA vergüten lassen wollte. Das ging aber nicht, weil Parlamentarier laut Gesetz Anspruch auf ein 1.-Klass-GA haben. Der Bund überweist Kälin den Betrag, den ihn das 1.-Klass-GA kostet: 4775 Franken.

Tut es ein 2.-Klass-GA? Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, ZH) sagt: «Da wir viel im Zug unterwegs sind, finde ich das 1.-Klass-GA angemessen. Zum Arbeiten eignet sich die 1. Klasse einfach besser.» Sie kritisiert: «Dass Frau Kälin in diesem Zusammenhang gleichzeitig höhere Parlamentarierlöhne fordert, ist ja der Witz des Tages. Sie würde besser die SVP darin unterstützen, die Parlamentarierlöhne und das Bundesbudget von 77 Milliarden zu senken.»

Kälin erhält auch Lob. «Ihre Idee, die ganzen Entschädigungsfragen gesamtheitlich lösen zu wollen, ist im Ansatz

lobenswert», sagt Ständerat Joachim Eder (FDP, ZG). Er war es, der die laufende Neuregelung der Übernachtungspauschalen von 180 Franken ansties: Künftig soll sie nur erhalten, wer wirklich auswärts übernachtet. Eder warnt: «Ich glaube nicht an eine mehrheitsfähige Lösung nach dem Muster von Kälin. Es ist besser, Schritt für Schritt vorwärtszugehen. Allerdings sollte man jenen Parlamentsmitgliedern, die unbedingt das 2.-Klass-GA wollen, dieses aushändigen. Ich sehe nicht ein, warum das nicht geht.»

Das sieht auch CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH) so: «Es ist absurd, wenn man Irène das 2.-Klass-GA verweigert.» Gewisse «Privilegien» seien aber sinnvoll. «Persönlich bin ich der Meinung, dass die parlamentarische Arbeit sehr viel besser würde, wenn wir auch genügend Geld für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter erhielten. Wenn ein solcher fehlt, müssen halt die Lobbyisten einspringen: Irgendwo müssen wir uns ja das Fachwissen holen.» Aber das werde dann von gleichen Leuten kritisiert, die gegen solche «Privilegien» seien.

# 168 Franken für reduziertes SRG-Paket

**No Billag** Die SRG kann aus Sicht der Initianten ohne Gebührengelder überleben. Dank Abos, Werbung und Staatsgeldern.

Die No-Billag-Initianten haben gezeigt, wie sie das Volksbegehren bei einem Ja am 4. März umsetzen würden. Die Sender der SRG sollen Teil der Grundangebote von Swisscom, Sunrise, UPC und anderen Kabelnetzbetreibern werden. Die Kunden hätten die Möglichkeit, die Sender der SRG abzuwählen.

Das Konzept beinhaltet verschiedene Varianten. Gemäss der ersten würde das SRG-Paket 168 Franken im Jahr kosten. Enthalten wären SRF1, RTS1 und RS1. In der zweiten Variante würde die Werbung um die Hälfte reduziert. Damit würde das Paket 216 Franken kosten. Die dritte Variante sieht vor, dass pro Sprachregion jeweils ein Sender weiterhin frei zugänglich wäre. Um den Sender zu finanzieren, würde mehr Werbung gezeigt. Diese Variante scheint angesichts der Entwicklungen im TV-Werbemarkt eher unrealistisch, soll-

te aber trotzdem geprüft werden, sagen die Initianten. Die vierte Variante stellt eine Mischform aus der ersten und der dritten dar. In der Deutschschweiz würde das ganze SRG-Angebot 168 Franken pro Jahr kosten, in den anderen Sprachregionen ohne SRF 2 96 Franken.

## Werbung am Radio

Beim Radio setzen die Initianten auf Werbung. Online soll durch Werbung und Paywalls für gewisse Angebote finanziert werden. Hinzu kämen öffentliche Gelder für die SRG - obwohl im Initiativtext steht: «Der Bund subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen.» Die Initianten schlagen vor, dass Bund und Kanton zwischen 50 und 300 Millionen Franken beisteuern. Damit sollten Einnahmen von 550 Millionen Franken und mehr möglich sein, schreiben die Initianten. Das seien zwar 45 bis 65 Prozent weniger, als die SRG heute einnehme, aber immer noch sehr viel. Klar sei, dass die SRG massiv sparen müsste. Eine Annahme der Initiative bedrohe die SRG zwar «essenziell», sagen die Initianten. Die Aussage der SRG-Spitze, es bliebe nur die Liquidation, sei aber «arg übertrieben». (SDA)